



LESERFOTO

«Abendrot, trockenes Brot – Morgenrot, nasses Brot», lautet ein Sprichwort.

Obs am Flughafen Zürich später geregnet hat, ist jedoch nicht bekannt. Bild: Fredi Böni, Bülach

Konsequente Umsetzung der Ausschaffungsinitiative

Die Schweiz führt seit dem 20. Januar wieder Ausschaffungsflüge nach Nigeria durch. Das afrikanische Land hatte das Rückführungsabkommen mit der Schweiz im März 2010 gekündigt. Am 5. November 2010 haben dann beide Länder ein neues Folgeabkommen vereinbart. Noch während des Abstimmungskampfes zur SVP-Ausschaffungsinitiative argumentierten die Gegner, dass die Initiative nicht umsetzbar sei. So seien beispielsweise aufgrund eines fehlenden Abkommens keine Ausschaffungen nach Nigeria möglich.

Mitte-Links verschwieg gegenüber dem Stimmbürger, dass zu jenem Zeitpunkt das Folgeabkommen zwischen Nigeria und der Schweiz bereits

bestand. Lieber würden unsere linken Volksvertreter kriminelle Ausländer in der Schweiz weiter hätscheln statt konsequent von unserer Gesellschaft wegzuwiesen und auszusperrten. Gerdemal zwei Monate sind seit der Abstimmung vergangen, und eines der linken Hauptargumente hat sich bereits nachweislich in Luft aufgelöst.

Das Beispiel der Ausschaffungen nach Nigeria beweist: Die Ausschaffungsinitiative ist umsetzbar, und die linken Gegenargumente waren fadenscheinig. Es liegt nun am Departement Sommaruga, das Volksbegehren konsequent und unmissverständlich umzusetzen.

Stefan Schmid
Niederglatt

Schlechte Verlierer nach Abstimmung über Waffeninitiative

Das Schweizer Volk hat die Waffeninitiative deutlich verworfen. Aber kaum sind die Resultate bekannt, benehmen sich die Verlierer wie Sieger. Weil 43 Prozent Stimmberechtigte zugestimmt haben, müsse man das Waffenrecht verschärfen. Galladé, Lang & Co reden vom Mythos des bewaffneten Schweizers, mit dem man das Stimmvolk zum Nein geführt habe. Auch Frau Sommaruga hat noch am Sonntagabend eine Verschärfung des Waffenrechts angekündigt.

Es gibt Politiker, die immer dann, wenn es nützlich ist, die direkte Demokratie loben, verlieren sie aber, unterlaufen sie den Volksentscheid. Das Stimmvolk wird als unmündig und leicht zu verführen dargestellt, finan-

ziert von irgendwelchen interessierten Kreisen.

Das ist doch alles Unsinn. Die Schützen haben sich, aus eigenem Interesse, ins Zeug gelegt, und sie haben die Kampagne aus der eigenen Tasche bezahlt. Die Schützen haben aus Sorge um die ungewisse Zukunft ihres Sportes gehandelt. Sie durchschauten die schwammigen und verlogenen Versprechen der Initianten.

Klar ist, dass das Stimmvolk klar nein sagte zu einer Verschärfung des Waffenrechts. In unserer direkten Demokratie heisst nein auch nein, und nicht nein, aber. Auch das Verlieren will gelernt sein. Da hat das linksgrüne Lager noch Nachholbedarf.

Ueli Binder, Regensdorf

Asyl-Schlendrian stoppen

Im Migrationsamt hat von 2008 bis 2010, in der Ära von Eveline Widmer-Schlumpf (EWS), der Schlendrian Einzug gehalten. Die Probleme wurden mit Steuergeldern zugedeckt und «verwaltet». Die Asylgesuche sind von rund 10000 auf 16000 jährlich angestiegen. In der Ära EWS wurde das im Jahr 2006 verschärfte Asylgesetz nicht konsequent angewandt. Zudem wurde versäumt, die Verfahren zu beschleunigen und den Zustrom von Dienstverweigerern aus Eritrea zu stoppen. Die Schlepperindustrie, welche die Schweiz als «Asyl-Paradies» anpreist, reagiert in solchen und ähnlichen Fällen sofort.

So wurden im Jahr 2009 allein von Nigerianern 1786 Asylgesuche gestellt. Dabei konnte ein Einziger als Flüchtling anerkannt werden. Im Jahr 2010 waren es bereits 1969 Nigerianer und 1799 Eritreer – sowie 1512 Serben und Kosovaren, obwohl beide Länder als verfolgungssicher gelten.

Eine Studie des Zentrums für Migrationsentwicklung in Wien bestätigt, dass die Schweiz zum «Magnet für Asylbewerber» geworden ist. Die Politik habe es «verpasst, rechtzeitig zu

reagieren». Schon länger sind Bestrebungen im Gang, dass die meisten Gesuche bereits bei den Empfangs- und Verfahrenszentren in Grenznähe abschliessend behandelt und Wegweisungen direkt vollzogen werden. So müssten abgewiesene Asylbewerber gar nicht den Kantonen und den Gemeinden zugewiesen werden. Aber auch hier hat EWS versagt. Kantonale Migrationsverantwortliche beklagen sich: Würde der Bund seine Arbeit in den Empfangs- und Verfahrenszentren schneller erledigen, so könnte man die Belastung der Asylinfrastrukturen in den Kantonen stark reduzieren.

Echte Flüchtlinge nehmen wir gerne auf. Aber es ist falsch, neue Asylzentren zu bauen, weil der Bund versagt. Ebenso ist es ein Skandal, dass das Zürcher Sozialamt für Millionen von Steuerfranken neue Asylzentren (auch im dicht bebauten Wohngebiet von Eglisau) erstellen will, während bestehende Einrichtungen vernachlässigt oder aufgehoben werden. Gemeinden und Steuerzahler sind nicht bereit, diese Suppe auszulöffeln.

Hans Fehr
SVP-Nationalrat, Eglisau

Kein Konflikt Stadt – Land

Einmal mehr stellen sich die Linken, mit der mehrheitlich linken Presse und dem Schweizer Fernsehen, als schlechte Verlierer dar. Selbst die SP-Bundesrätin Sommaruga ruft schon am Sonntag nach noch härteren Waffengesetzen. Da wird dann im Befürworter-Lager landeten. Beide Städte sind fest in linker Hand, beide stark rot-grün geprägt. Beide haben in den letzten Jahrzehnten nie für Anliegen der Rechten gestimmt. Das ist ihr gutes Recht, aber dann so tun, als ob es ein Stadt-Land-Problem sei, ist ja wohl das Unehrlächste. Sind denn

kleinere Städte keine Städte? Zählen nur die rot-grün regierten Grossstädte wie Basel, Genf, Bern, Zürich und Winterthur zu den Städten? Sich hinter einem Stadt-Land-Problem zu verstecken und nicht einsehen wollen, dass es viele Schweizer gibt, die zu unseren alten Werten stehen, erinnert eher an die von den Linken immer wieder aufgeworfene EU-Frage. Hätte es nicht noch einige CVP-Politikerinnen gegeben, die zu Steigbügelhalterinnen der linken Politik wurden, wäre das Resultat noch vernichtender ausgefallen. Es gibt keinen Grund, verächtlich auf die doofen Landeier zu blicken. Selbst die grosse Stadt Zürich lebt immer noch vom Steuervolumen des Grosskapitals (Banken).

Nebenbei: Ich liebe das alte Zürich und bin oft an einigen Orten im alten Zentrum anzutreffen. Alfred Escher, der grosse Macher des 19. Jahrhunderts, Gründer der Kreditanstalt, erster Förderer der Gotthardbahn, würde wahrscheinlich verärgert vom Sockel beim Hauptbahnhof steigen, wenn er sehen könnte, was aus seinem Zürich geworden ist.

Roman Bont, Oberglatt

Schule Watt: Kinder sind Leidtragende

Der Streit zwischen der Primarschulpflege Regensdorf und dem Schulhaus Watt fordert weitere Opfer. Die Lehrerin unserer Kinder und stellvertretende Schulleiterin hat aufgrund der Vorkommnisse und des mittlerweile schlechten Arbeitsklimas die Kündigung eingereicht. Wir bedauern dies ausserordentlich, können ihren Entscheid aber nachvollziehen. Wir finden es jedoch unheimlich schade, eine so engagierte Lehrerin und ausgewiesene Fachkraft zu verlieren. Unsere Kinder mögen ihre Lehrerin und finden ihre Schulstunden spannend. Nun sind sie am Boden zerstört und wütend. Auch wir Eltern schätzen ihre Art zu unterrichten, die Kinder zu fördern und ihre professionelle Einstellung. Bereits nach einem Semester sehen wir die grossen Fortschritte unserer Kinder.

Wie zu vernehmen ist, überlegen sich weitere Lehrpersonen zu kündigen. Auch da werden viele traurige Kinder die Folge sein.

Wir finden: Jetzt reicht's! Die Schule Watt darf nicht noch mehr Lehrpersonen verlieren. Denn die Leidtragenden sind immer die Kinder!

Angesichts des bestehenden Lehrermangels stellen wir uns die Frage, welche qualifizierten und engagierten Lehrpersonen sich für eine Anstellung in diesem Arbeitsklima interessieren werden. Hat sich die Schulpflege diese Frage auch schon gestellt?

Im Namen der Eltern
von elf Kindern:
Monica und Reto
Künzle-Gutknecht, Watt

ZITAT DES TAGES

Drive-in-Banken wurden erfunden, damit die meisten Autos sehen, wer ihr wirklicher Besitzer ist.

E. Joseph Cossmann
amerikanischer Marketingguru

Wahlkampfbudgets: Nicht alle bekannt

Der Titel «Im Geld ausgeben ist die FDP Spitzenreiter» in der Ausgabe vom 5. Februar ist irreführend. Die SVP gibt nämlich keine Zahlen bekannt. Also weiss man nicht, wer wirklich am meisten ausgibt und wie die Verhältnisse tatsächlich sind. Dieses «Zuspitzen» oder besser gesagt das Verbiegen von Fakten, um eine Schlagzeile produzieren zu können, ist unprofessionell. Es dient nicht einer guten und sachlichen Information. Eine solche wünsche ich mir, ganz besonders in Wahlkampfzeiten.

Christina Eppler, Glattbrugg

ZUR BEACHTUNG

Kantonsratswahlen

Am 3. April finden Kantonsratswahlen statt. Erfahrungsgemäss treffen vor solchen Wahlgängen sehr viele Leserbriefe auf der Redaktion ein. Da die Menge die Publikationsmöglichkeiten von «ZU»/«NBT» sprengen, muss die Redaktion eine Auswahl aus den Wahlleserbriefen treffen.

Nicht publiziert werden Leserbriefe zu den Wahlen, die sich in der Form auf eine Wahlwerbung für eine Kandidatin oder einen Kandidaten beschränken und keine weitergehenden Themenkreise von öffentlichem Interesse beinhalten. In jedem Fall entscheidet die Redaktion. Wir bitten um Verständnis. Die letzten Leserbriefe zu den Kantonsratswahlen werden am Samstag, 26. März veröffentlicht. Die Redaktion